

Antrag

der Abgeordneten Miriam Gruß, Gisela Piltz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Detlef Parr, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Konkretes und tragfähiges Konzept zur Bekämpfung von Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus vorlegen und zeitnah umsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundesregierung fördert seit 2001 im Rahmen des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ die Einzelprogramme „Entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“, „Civitas – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ und „Xenos – Leben und Arbeiten in Vielfalt“. Mit diesen Projekten, die bis Ende 2006 befristet sind, sollten demokratisches Verhalten, ziviles Engagement, Toleranz und Weltoffenheit vor allem von Jugendlichen gefördert werden.

In wichtigen gesellschaftlichen Bereichen und besonders im Sport ist ein starkes Engagement im Kampf gegen Rechtsextremismus zu beobachten. Die jüngste Positionierung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) „Integration durch Sport“ und die vielseitigen Kompetenzen des Sports sollten im Kampf gegen Rechtsextremismus weiter unterstützt und genutzt werden. Dafür sind die Weiterführung und die Schaffung von neuen gesellschaftlichen Kampagnen wie „Rote Karte gegen Rechts“ eine Notwendigkeit.

Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, den Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, für Demokratie und Toleranz fortzuführen und auf Dauer zu verstetigen. Es sei erklärtes Ziel, das Verständnis für die gemeinsamen Grundwerte und kulturelle Vielfalt zu entwickeln und damit die Achtung der Menschenrechte zu fördern bzw. jede Form von Extremismus zu bekämpfen.

Im Einzelplan 17 des Entwurfs zum Bundeshaushaltsplan 2007 des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sind im Rahmen der Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie für 2007 Mittel in Höhe von 19 Mio. Euro zur Bekämpfung von Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zur Förderung von Modellprojekten und von Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt und Toleranz auch durch Einbeziehung lokaler Aktivitäten angesetzt.

Konkrete Vorstellungen über die Verwendung dieser Haushaltsmittel und darüber, ob die bisherigen Programme in diese Förderung einbezogen werden, liegen nicht vor.

Von der Bundesregierung sind nach wie vor keine konkreten Schritte zur Umsetzung unternommen worden.

Eine verbesserte Koordination auch der Aktivitäten der Bundeszentrale für politische Bildung mit den Aktivitäten des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erscheint darüber hinaus sinnvoll.

Die Bundesregierung teilte lediglich mit, dass ein neues Programm effektiver sein werde als die Ende 2006 auslaufenden Programme „Civitas“ und „Entimon“ und dass es innerhalb der neuen Programmstruktur lokale Aktionspläne, Modellprojekte und Orte der Kommunikation geben solle. Die Programme „Civitas“ und „Entimon“ sollen für eine Übergangsfrist bis zum 1. Juli 2007 weiterfinanziert werden. Welche Haushaltsmittel dazu zur Verfügung stehen, ist nicht klar gesagt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. das gesamte Aktionsprogramm „Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und die darin enthaltenen Einzelmaßnahmen schnellstmöglichst durch eine unabhängige Institution zu evaluieren und diese Ergebnisse öffentlich zugänglich zu machen;
2. die verschiedenen Aktivitäten der Bundeszentrale für politische Bildung gegen Rechtsextremismus in die Evaluation mit einzubeziehen;
3. unter Einbeziehung dieser Erkenntnisse ein Konzept zur Bekämpfung von Extremismus für künftige Projekte und Programme im Rahmen „zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie gegen jede Form von Extremismus“ vorzulegen und zeitnah aufzulegen;
4. sicherzustellen, dass keine Lücken bei der Fortführung und Finanzierung der Maßnahmen gegen Rechtsextremismus entstehen.

Berlin, den 27. September 2006

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion